

Antrag

der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Kerstin Kassner, Katrin Werner, Dr. Gesine Löttsch, Jan Korte, Doris Achelwilm, Gökay Akbulut, Simone Barrientos, Lorenz Gösta Beutin, Matthias W. Birkwald, Birke Bull-Bischoff, Jörg Cezanne, Anke Domscheit-Berg, Susanne Fersch, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Cornelia Möhring, Amira Mohamed Ali, Niema Movassat, Norbert Müller (Potsdam), Petra Pau, Sören Pellmann, Victor Perli, Ingrid Remmers, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Jessica Tatti, Andreas Wagner, Harald Weinberg, Hubertus Zdebel, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Freiwillige Feuerwehren im Ländlichen Raum unterstützen und fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Ländlichen Raum sind neben wenigen Berufs- und Werksfeuerwehren vor allem die Freiwilligen Feuerwehren Garanten für einen flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz. Die dort ehrenamtlich aktiven Kameradinnen und Kameraden brauchen gute und verlässliche Rahmenbedingungen.

Auch für das soziale und kulturelle Gemeinschaftsleben sind Freiwillige Feuerwehren in den Dörfern und kleinen Städten des Ländlichen Raumes von großer Bedeutung. Die Häuser der Freiwilligen Feuerwehren sind häufig zentrale Orte der Dorfgemeinschaft sowie Orte der Begegnung und dienen der Integration unterschiedlicher Alters- und Bevölkerungsgruppen. Ohne sie fänden in vielen Orten des Ländlichen Raumes keine oder wenige gesellschaftliche Höhepunkte, wie Dorffeste und Osterfeuer, statt.

Leider ist zu verzeichnen, dass die zur Erfüllung des Brandschutzes vorgegebenen Qualitätsstandards in vielen Regionen zu Mindeststandards verkommen. Unsanierte Gerätehäuser, veraltete Technik und zu wenige Freiwillige sind die Folge. Auch der demografische Wandel im Ländlichen Raum sorgt dafür, dass sich immer weniger Freiwillige finden. Hier muss aktiv gegengesteuert werden.

Eine regelmäßige Anpassung der sozialen Absicherung der Kameradinnen und Kameraden, eine anständige Würdigung und Anerkennung, wie z. B. mit einem Freiwilligenpass und der kostenlosen Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln sowie soziale Vergünstigungen sind Wege, um Freiwillige Feuerwehren zu unterstützen. Die Würdigung der Arbeit der ehrenamtlich Tätigen darf nicht bedeuten, dass sich der Staat von seinen Aufgaben der Daseinsvorsorge zurückzieht.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem sichergestellt wird, dass für regelmäßig geleistete freiwillige und unbezahlte Arbeit von Einwohner*innen in organisierten anerkannten Hilfsorganisationen und im Rettungsdienst, Brandschutz, Katastrophenschutz und beim THW durch Bund, Länder und Kommunen angemessene Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt werden;
 2. Maßnahmen zur zeitnahen und gegenseitigen Anerkennung von beruflichen und feuerwehrspezifischen Aus- und Fortbildungen umzusetzen;
 3. die Kofinanzierung zur Erfüllung der finanziellen Verantwortung von Ländern und Kommunen zur Sanierung und Ausstattung feuerwehrtechnischer Infrastruktur um 75 Mio. Euro jährlich im Einzelplan 06 erhöhen und die Gesamtmittel zu verstetigen;
 4. Maßnahmen zu treffen, um die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen (z. B. durch veränderte Ausschreibungs- und Abnahmeverfahren) und den Abfluss der im Bundeshaushalt eingestellten Mittel zu beschleunigen.

Berlin, den 14. Mai 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die ehrenamtlichen Leistungen der Freiwilligen Feuerwehren, der organisierten anerkannten Hilfsorganisationen und des Rettungsdienstes, des Katastrophenschutzes und beim THW bringen Kommunen in die Situation, die pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, z. B. die des Brandschutzes, zu erfüllen, ohne dafür Personalstellen im kommunalen Haushalt finanzieren zu müssen. Viele Kommunen könnten die Finanzierung solcher Personalstellen gar nicht leisten. Umso wichtiger ist es, genügend Freiwillige zu finden, die sich im Brandschutz engagieren. Hierbei ist die richtige Balance zwischen Ehrenamt, Familie, Beruf oder Schule besonders wichtig.

Die in der Freiwilligen Feuerwehr Engagierten stellen sich der Allgemeinheit 365 Tage im Jahr zur Verfügung, um Menschen und Tiere zu retten, technische Hilfe zu leisten und Brände und Hochwasser zu bekämpfen. Die Attraktivität des Ehrenamtes Freiwillige Feuerwehr kann daher nicht genug gesteigert werden.

Wo staatliche Strukturen sich aus der Fläche zurückziehen, sind es vor allem bürgerschaftlich Engagierte und ehrenamtlich Tätige, die das Gemeinwesen sichern und gestalten. Ob Landfrauen, Sportvereine, Kirchen oder Freiwillige Feuerwehren – oft ist es ein hoher Grad an Selbstorganisation, der das soziale und kulturelle Leben auf dem Land ermöglicht. Für die notwendige Technik sowie gut ausgestattete Räumlichkeiten und gute Rahmenbedingungen des Ehrenamtes zu sorgen, ist das Mindeste, was der Staat auf allen Ebenen leisten muss, um jene zu entlasten und zu unterstützen, die wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit im Ländlichen Raum leisten. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.